



Niederschrift 56. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 15.01.2009
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr
Sitzungsende:	19:58 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, Raum 3.025

Anwesend sind:

Frau Drohla, Hella	DIE LINKE	
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE	Sitzungsleitung
Frau Schulze, Jana	DIE LINKE	anwesend bis 19:30 Uhr (TOP 10)
Herr Wartenberg, Claus	SPD	anwesend bis 19:05 (TOP 8)
Herr Voehse, Gregor	Die Andere	anwesend ab 17:15 Uhr (TOP 4)
Frau Basekow, Angela		
Herr Harder, Dirk		anwesend bis 19:15 Uhr (TOP 10)
Herr Dr. Henrich, Lutz		anwesend bis 19:50 Uhr (TOP 10)
Frau Krüger, Christine	CDU	Vertretung für Frau Eiserbeck
Herr Liebe, Thomas		
Frau Parthum, Ute		
Herr Wernick-Otto, Frank	B 90 /Die Grünen	
Herr Schweers, Norbert	Jugendamtsleiter	
Frau Müller, Elona	Beigeordnete	

Nicht anwesend sind:

Frau Knoblich, Hannelore	SPD	entschuldigt
Herr van Leeuwen, Rüdiger	CDU	entschuldigt
Frau Eiserbeck, Edeltraud	CDU	entschuldigt
Herr Lehmann, Carsten		entschuldigt
Frau Scheuerer, Sabina Gleichstellungsbeauftragte		entschuldigt

Gäste:

Herr Bonatz, Alexander	AKKJ (zu TOP 3)
Frau Ehrlich, Alexandra	Kompetenzagentur (zu TOP 4)
Frau Portev, Kerstin	Kompetenzagentur (zu TOP 4)
Frau Figiel, Anita	Jugendamt (zu TOP 5)
Frau Stooß, Bärbel	Jugendamt (zu TOP 6)
Frau Spyra	Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Bestätigung der Tagesordnung / Bestätigung der Niederschrift vom 18.12.2008
- 2 Informationen des Jugendamtes

- 3 Bericht der Unterausschüsse und AG's nach § 78 SGB VIII
- 4 Vorstellung des Projektes "Kompetenzagentur Landeshauptstadt Potsdam"
- 5 Information zur Sprachstandserhebung in Kitas
- 6 Information zum Anmeldeverfahren in Kindertagesstätten
- 7 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 7.1 Kostenloses Schulessen
Vorlage: 08/SVV/0923
Fraktion DIE LINKE
- Wiedervorlage -
- 8 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Bestätigung der Tagesordnung / Bestätigung der Niederschrift vom 18.12.2008**

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Dr. Müller.

Zu Beginn der Sitzung sind 11 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

Bestätigung der Tagesordnung

Herr Harder informiert, dass es ein Gespräch mit den Jugendlichen gab, die das Jugendparlament gründen wollten. Somit würde er im Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ eine Information zu diesem Gespräch geben und der nicht öffentlichen Tagesordnungspunkt zum Jugendparlament könne aus seiner Sicht entfallen.

Abstimmung zur Tagesordnung:

Zustimmung: 11

Ablehnung: 0

Der Tagesordnung wird zugestimmt.

Frau Schulze nimmt Bezug auf die Zusage von Frau Müller zum Tagesordnungspunkt 5.6, auf Seite 13 des Protokolls, bezüglich der Ausreichung der Dokumentation über die Veranstaltung zu Sozio- und Jugendkultur und fragt, wann die Dokumentation an die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses ausgereicht wird.

Frau E. Müller sagt zu, dass diese mit den Unterlagen zur nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses versendet werden.

Bestätigung des Protokolls der öffentlichen Sitzung vom 18.12.2008:

Zustimmung: 9

Ablehnung: 0

Dem Protokoll wird zugestimmt.

zu 2 Informationen des Jugendamtes

Lindenpark

Frau E. Müller informiert, dass derzeit Gespräche mit dem neuen Träger des Lindenpark, dem SPI, bezüglich der Förderung von Projekten der Jugendkultur geführt werden. Die bisher ausgereichte Fördersumme wird nicht ausreichen, um den Lindenpark mit dem Jugendkulturbereich wirtschaftlich aufzustellen. Die Gespräche sind sehr konstruktiv und werden kontinuierlich fortgesetzt.

Frau Schulze fragt, ob die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einbezogen werden.

Frau E. Müller antwortet, dass es bereits Gespräche mit den Mitarbeitern von Seiten des SPI gab. Die Mitarbeiterschaft sowie die Azubis werden nach § 613 BGB übernommen.

Frau Dr. Müller fragt, ob die Erhöhung der Fördersumme zu Lasten des bestehenden Haushaltes geht.

Frau E. Müller erklärt, dass die Mehrkosten nicht zu Lasten von Maßnahmen nach dem KJHG gehen dürfen. Hier muss eine saubere Trennung erfolgen. Die Finanzierung erfolgt aus dem Haushalt, aber nicht zu Lasten anderer Projekte.

Malteser Treffpunkt Freizeit – Kindermusiktheater „Buntspecht“

Herr Schweers informiert über die Beratung mit Vertretern der Elternschaft des Kindermusiktheaters sowie von den Malteser Werken am Tisch des Jugendamtsleiters. In der Beratung wurde verbindlich vereinbart, dass es noch in diesem Monat ein Gespräch im Malteser Treffpunkt Freizeit mit Eltern und Kindern zur Termin- und Raumplanung der gesamten Theaterangebote geben wird. Es wurde auch festgelegt, dass mit externer Moderation mit allen Akteuren und Vereinen, die im Malteser Treffpunkt Freizeit tätig sind, einen Workshop durchführen wird. Die Moderation des Workshops wird durch Jugendamt gestellt; die Einladung übernehmen die Malteser.

Herr Liebe kritisiert, dass beim Kampf um den Erhalt des Kindermusiktheaters eine Person in der Öffentlichkeit derartig diskreditiert wurde. Dieses Maß ist aus seiner Sicht nicht mehr akzeptabel. Er habe durchaus Verständnis, dass Eltern für die Belange ihrer Kinder kämpfen. In diesem Fall war die Art und Weise nicht in Ordnung.

Frau Drohla fragt, ob jetzt die Möglichkeiten gegeben sind, dass die persönlichen Beleidigungen aus der Welt geschaffen werden können und ob es Chancen gibt, dass beide Seiten wieder aufeinander zu gehen.

Frau E. Müller macht deutlich, dass die Verwaltung die Ausweitung des Kindermusiktheaters und der Angebote begrüßt. Es muss jetzt zu einer sachlichen und zielorientierten Arbeit zurückgekehrt werden. Diesbezüglich sieht sie gute Chan-

cen. Auch der Beirat wird dies in seiner nächsten Sitzung thematisieren und dazu auch Elternvertreter einladen.

Herr Harder macht deutlich, dass die Eltern in diesem Fall die Kinder instrumentalisiert haben und kritisiert dies.

Frau Dr. Müller spricht sich dafür aus, an dieser Stellen für ein friedliches Miteinander zu werben.

Sie bittet die Verwaltung, in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses erneut über den Stand der Diskussionen zu informieren.

Weitere Informationen

Herr Schweers informiert, dass die Integrationsbeauftragte des Landes Brandenburg zugesagt hat, am 26.02.2008 zum Thema „Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund in Potsdam“ am Jugendhilfeausschuss teilzunehmen.

Frau Dr. Müller weist auf die Einladung der Malteser zur Auftaktveranstaltung „Treffpunkt Geschichte – Geschichte entdecken“ am 22.01.2009 von 10:00 Uhr bis 12:30 Uhr im Theatersaal des Malteser Treffpunkt Freizeit hin. Die Einladungen liegen bei Frau Spyra aus.

zu 3 Bericht der Unterausschüsse und AG´s nach § 78 SGB VIII

Unterausschuss Jugendhilfeplanung

Herr Liebe informiert über die Sitzung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung vom 08.01.2009.

Ein Thema war die Anerkennungen freier Träger nach § 75 KJHG.

Dazu lagen dem Unterausschuss folgende vier Anträge vor:

- Paritätische Kita gGmbH
- Chill out
- Rückenwind
- INWOLE

Der Unterausschuss empfiehlt dem Jugendhilfeausschuss, Chill out und INWOLE die Anerkennung nach § 75 KJHG zu geben. Bezüglich der Anerkennung von „Rückenwind“ wird empfohlen, dass sich der Träger 2010 erneut für die Anerkennung bewirbt.

Die Paritätische Kita gGmbH hat bereits die Anerkennung der Stadt Cottbus.

Frau Dr. Müller ergänzt, dass der Unterausschuss gern zur heutigen Sitzung des Jugendhilfeausschusses eine Tischvorlage vorlegen wollte. Dies war aber aufgrund des vorgeschriebenen Verwaltungsverfahrens nicht möglich.

Herr Liebe informiert des weiteren, dass sich der Unterausschuss zum Entwurf des Jugendhilfeplanes verständigt hat. Es liegen bereits einige Stellungnahmen dazu vor.

Die nächste Beratung des Unterausschusses findet am 19.02.2009 statt.

AKKJ

Herr Bonatz informiert, dass der AKKJ am 08.01.2009 Frau Matthesius-Handorf einstimmig zur Sprecherin gewählt. Er selbst wurde zum stellvertretenden Sprecher gewählt.

Er reicht das Protokoll der Beratung vom 08.01.2009 an die Jugendhilfeausschussmitglieder aus und bietet an, die Protokolle der Beratungen des AKKJ zukünftig über Frau Spyra allen JHA-Mitgliedern zur Kenntnis zu geben.

zu 4 **Vorstellung des Projektes "Kompetenzagentur Landeshauptstadt Potsdam"**

Frau Portev informiert darüber, dass das Projekt durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und Mitteln des Europäischen Sozialfonds, der Agentur für Arbeit und der PAGA gefördert wird.

Die Arbeit der Kompetenzagentur basiert im Wesentlichen auf dem SGB II (Grundsicherung), dem SGB III (Arbeitsförderung) und dem SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz).

Sie macht deutlich, dass die zentrale Funktion der Kompetenzagentur die Beratungs-, Vermittlungs- und Lotsenfunktion zwischen den zuständigen Institutionen zur passgenauen beruflichen und sozialen Integration besonders benachteiligter Jugendlicher mit multiplen Vermittlungshemmnissen und Kompetenzfeststellung mittels Case Management ist.

Seit Juli 2007 wurden 149 Jugendliche betreut und begleitet.

Frau Portev macht darauf aufmerksam, dass das Programm der Kompetenzagenturen durch das MFSFJ und durch Mitteln des ESF in Höhe von 65% der Gesamtkosten bis 2013 abgesichert ist und sich danach jede Kompetenzagentur durch kommunale Mittel selber tragen sollte.

Sie bittet um einen weiteren Termin im Jugendhilfeausschuss, um dann ggf. über Fördermöglichkeiten zu beraten.

Frau Ehrlich ergänzt, dass die Kompetenzagentur keine Parallelstruktur aufbaut, sondern sich in das bestehende Unterstützungssystem eingliedert und dieses optimal nutzt. Ein enger Kooperationspartner der Kompetenzagentur ist die PAGA.

Frau Basekow fragt, ob dies ein Modellprojekt ist.

Frau Portev erklärt, dass dies kein Modellprojekt ist. Das Projekt wird bereits umgesetzt wird.

Frau Basekow fragt, ob die Jugendlichen über die PAGA an die Kompetenzagentur vermittelt werden.

Frau Portev erklärt, dass die Mitarbeiter der Kompetenzagentur u.a. an die Treffpunkte der Jugendlichen gehen, aber auch Vermittlung durch Träger erfolgt.

Frau Basekow nimmt Bezug auf die benötigte kommunale Förderung in Höhe von 15 % und fragt, um welche Summe es sich handeln würde.

Frau Ehrlich legt dar, dass es sich nach derzeitigen Betreuungszahlen der Jugendlichen um ca. 20.000 Euro pro Jahr handelt.

Frau Krüger fragt, ob die Jugendlichen in ihre bisherige Schule integriert werden.

Frau Portev erklärt, dass ein Schüler in eine andere Schule integriert wurde, die anderen in ihre bisherige Schule.

Frau Schulze fragt, ob eine Nachbetreuung der Jugendlichen erfolgt.

Frau Portev bejaht dies.

Frau E. Müller fragt, wie die unterstützende Tätigkeit parallel zu Streetworkern erfolgt.

Frau Potev erklärt, dass z.B. das Sortieren von Akten oder auch das Schreiben von Bewerbungen oder auch Vorbereitung von Terminen bei der Schuldnerberatung zu diesen Tätigkeiten gehört.

Es erfolgt auch eine Zusammenarbeit mit der Wohnungssicherung des Bereiches Wohnen der Stadtverwaltung.

zu 5 Information zur Sprachstandserhebung in Kitas

Herr Schweers gibt eine kurze Einleitung.

Frau Figiel stellt das Landesprogramm zur kompensatorischen Sprachförderung vor und erläutert dies anhand von Folien.

Anschließend erörtert sie die Auswirkungen für Potsdam und weist darauf hin, dass mit dem Kindertagesstättengesetz (KitaG) die Kindertagesstätten im §3 Abs.1 KitaG berechtigt und verpflichtet werden, bei den von ihnen betreuten Kindern im letzten Jahr vor der Einschulung den Sprachstand festzustellen und, soweit erforderlich, Sprachförderkurse durchzuführen.

Anknüpfend an die Schulpflicht wurde im Schulgesetz §37 BbgSchulG vom 08.Januar 2007 die Teilnahmeverpflichtung aller Kinder an einer Sprachstandsfeststellung ein Jahr vor Schuleintritt festgeschrieben.

Für den personellen Aufwand stellt das Land 2,5 Mio € zur Verfügung.

Der §141 Abs. 2 BbgSchulG regelt die schrittweise Einführung der personellen und sächlichen Voraussetzungen. Ab August 2009 ist die Durchführung verbindlich festgeschrieben.

Frau Schulze fragt, wie die Finanzierung der Förderung bei Hauskindern erfolgt.

Frau Figiel erklärt, dass auch für die Förderung der Hauskinder jeweils 145 Euro ausgereicht werden. In Potsdam gibt es ca. 100 Hauskinder. Daher wird für jede Einrichtung das Geld zur Sprachförderung für ein Hauskind ausgereicht. Das ist aus Sicht der Verwaltung in Absprache mit den Trägern der praktikabelste Weg.

Frau Schulze berichtet, dass ihr Informationen von Grundschullehrer vorliegen, dass zur Schuleingangsuntersuchung noch nicht die Sprachstandserhebungsmeldung vorliegt.

Hierzu kann Frau Figiel keine Aussage treffen, da ihr diesbezüglich keine Informationen vorliegen.

Herr Schweers ergänzt, dass Erzieherinnen hiermit keine Sprachstörungen beheben können, die durch einen Logopäden behandelt werden müssen.

Herr Wernick-Otto stellt fest, dass jetzt im Land Brandenburg der frühkindlichen Bildung und Erziehung mehr Aufmerksamkeit gewidmet wird. Er macht deutlich, dass die Anforderungen an die Erzieherinnen und deren Verantwortung bei gleichbleibend schlechter Bezahlung immer mehr steigen.

Frau Drohla fragt, ob in irgend einer Weise überprüft wird, ob und in welcher Weise das Screening-Verfahren durchgeführt wird. Sie fragt, wie Kinder mit Migrationshintergrund erfasst werden und ob es hier möglicherweise eine gezielte Förderung gibt.

Frau Figiel antwortet, dass die Grenzsteine der Entwicklung in den Qualitätsparametern festgehalten sind. Auch die Entwicklungsschritte der Kinder werden dokumentiert. Dies wird in Teamarbeit überprüft. Somit wird auch die Sprachentwicklung aller Kinder frühzeitig dokumentiert. Die Kinder mit Migrationshintergrund haben bisher nicht an der Sprachförderung teilgenommen, da sie oft nicht den entsprechenden Wortschatz haben. In Zukunft nehmen auch diese Kinder an der Sprachförderung teil.

Frau Basekow fragt, ob jedes Kind, das an der Sprachförderung teilnimmt, dann auch der Schule gemeldet wird.

Frau Figiel bejaht dies.

Frau Basekow macht deutlich, dass dies aus ihrer Sicht so nicht geht. Die Eltern sollen entscheiden können, ob diese Informationen an die Schule gegeben werden. Sie hofft, dass den Eltern schriftlich mitgeteilt wird, dass die Sprachförderung der Schule gemeldet wird.

Herr Liebe weist darauf hin, dass das gesamte Kita-Team dahinter stehen und die Kollegin unterstützen muss, die die Aufgabe der Sprachstandserhebung und Förderung hat. Er sieht es als ein großes Problem an, wenn das Team nicht hinter dieser Kollegin steht. Er fragt, wie die Hauskinder in das Projekt kommen.

Frau Figiel erklärt, dass die Eltern der Hauskinder von der Schule angeschrieben werden und sich eine Kita aussuchen können, in der die Sprachförderung erfolgt. Sie betont, dass insgesamt versucht wird, sehr sensibel mit den Eltern umzugehen. Bezüglich der Unterstützung der Erzieherin, die in der Kita die Sprachförderung durchführt, ist aber auch der Träger gefragt.

Herr Wernick-Otto betont, dass auch darüber nachgedacht werden muss, wie die Zusammenarbeit von Kita und Grundschule an dieser Stelle besser gestalten kann.

Herr Messerschmidt schließt sich dem an. Er hat selbst die Erfahrung gemacht, dass die Vorbereitung der Kinder auf die Grundschule nicht mehr die Basis bildet, die in der Grundschule erforderlich ist. Er warnt davor, diesen wirklich guten Schritt zu zerreden.

Herr Schweers macht darauf aufmerksam, dass kritisiert wurde, dass die Sprachstandserhebungen erst im letzten Kita-Jahr erfolgen. Dies ist aus fachlicher Sicht viel eher erforderlich. Die Verwaltung wird mit den Trägern verabreden, dass Eltern darüber informiert werden, dass die festgestellten Daten auch weitergereicht werden.

Frau Basekow macht deutlich, dass es ihr um das Selbstbestimmungsrecht der Eltern und der Kinder geht, dieses Problem in der Schule vorzutragen. Sie befürchtet, dass diese Kinder einen „Stempel aufgedrückt“ bekommen.

Frau Drohla unterstreicht, dass es wichtig ist, die Sprachstanderhebungen zu machen und frühzeitige Förderung zu realisieren.
Sie fragt, ob es die Möglichkeit gibt, die gesetzlichen Regelungen mit gutem Willen zu unterlaufen.

Herr Schweers macht deutlich, dass die gesetzlichen Regelungen eingehalten werden müssen.

Frau Figiel erklärt, dass die zur Verfügung stehenden Mittel nach Möglichkeit auch bei jüngeren Kindern eingesetzt werden können.

Frau Dr. Müller macht deutlich, dass mit der Nennung von bestehenden Problemen das Gute nicht in den Hintergrund geraten soll.
Sie schlägt vor, die Sprachförderung in regelmäßigen Abständen im Jugendhilfeausschuss zu thematisieren.

zu 6 **Information zum Anmeldeverfahren in Kindertagesstätten**

Frau Stooß gibt anhand von Folien Erläuterungen zum gegenwärtig praktizierten Anmeldeverfahren in Kindertagesstätten.

Frau Schulze fragt nach den Online-Verfahren, dass in der JHA-Sitzung am 18.12.2008 von Herrn Siegert angesprochen wurde.

Herr Schweers ergänzt, dass derzeit die Anforderungen gesammelt werden und im April 2009 dem Jugendhilfeausschuss ein Zwischenstand gegeben wird. Er weist auch darauf hin, dass hier die Zustimmung der Träger gefordert ist.

Herr Wernick-Otto fragt, ob es denkbar ist, das Beratungsangebot der Kinderwelt gGmbH einzubeziehen und ggf. zu erweitern.

zu 7 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 7.1 **Kostenloses Schulessen** **Vorlage: 08/SVV/0923**

Frau Dr. Müller verweist auf die bereits zu diesem Tagesordnungspunkt geführte Diskussion und die mit den Sitzungsunterlagen ausgereichte geänderte Fassung des Antrages.

Geänderte Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:
Der Oberbürgermeister wird beauftragt, **auf der Grundlage der Ergebnisse des Monitoring-Verfahrens zum kostenlosen / ermäßigten Schulessen in den Haushalt 2009** die notwendigen Mittel für die **Sicherung** eines kostenlosen Schulessens für sozial bedürftige Schülerinnen und Schüler ab dem Schuljahr 2009/2010 einzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 11

Ablehnung: 0

Dem geänderten Antrag wird zugestimmt.

zu 8 Sonstiges

Herr Harder informiert, dass es am 12.01.2009 ein Gespräch mit Herrn Marcel Vortisch zum Thema „Jugendparlament“ gab. Bei dem Gespräch wurde deutlich, dass es von Seiten der Jugendlichen einen Bedarf gibt, in allen jugendrelevanten Ausschüssen mitzuwirken. Es handelt sich derzeit um ca. 10 aktive Jugendliche, die für Unterstützung dankbar sind.

Wenn Interesse besteht, kann Herr Kropp (Landesstelle für Demokratische Jugendbeteiligung) im Jugendhilfeausschuss berichten.

Frau Dr. Müller schlägt vor, das Thema für die März-Sitzung 2009 vorzumerken.

Herr Voehse ergänzt, dass den Jugendlichen sehr deutlich vermittelt werden muss, dass das Jugendparlament keinen unmittelbaren Zusammenhang mit der derzeitigen Diskussion zu Jugend- und Soziokultur haben kann.

Nächster Jugendhilfeausschuss: 26. Februar 2009; 16:30 Uhr

Dr. Sigrid Müller
Ausschussvorsitzende

Martina Spyra
Schriftführerin